

V0426/21

öffentlich



AfD Stadtratsfraktion Ingolstadt, Postfach 21 03 09, 85018 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Christian Scharpf

Datum 20.05.2021

Telefon (0841) 6 62 27

Telefax

E-Mail afd@ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Kultur und Bildung	01.07.2021	Vorberatung	
Stadtrat	29.07.2021	Entscheidung	

### **Keine Ehrung für historisch umstrittene Persönlichkeiten durch Namensnennung auf Straßenschildern**

#### **-Ergänzungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 20.05.2021-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die AfD-Stadtratsfraktion stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Es wird eine unabhängige und externe Kommission von Experten gebildet, die sich aus Historikern, Kunsthistorikern und Politologen zusammensetzt. Ihre Aufgabe ist es, unter Einbindung betroffener Anwohner (u.a. mittels Bürgerbefragung) die zur Debatte stehenden Persönlichkeiten historisch einzuordnen. Dies kann nur durch eine umfassende Würdigung der Lebensleistung geschehen, für die die Namensgeber die Ehrung einer Straßenbenennung erhielten. Bei regional bekannten Persönlichkeiten sind ihr Bezug zu Ingolstadt und ihre Bedeutung für die regionale Identität zu erläutern. Die Ergebnisse werden zusammen mit den Mitgliedern aller Bezirksausschüsse und des Stadtrats erörtert. Anschließend fasst der Stadtrat einen Beschluss, auf welche Weise die zur Debatte stehenden Straßennamen ggf. in Zukunft erläutert werden.

#### **Begründung:**

Die Benennung von Straßennamen und die Auswahl der Namensgeber erfolgen immer im Kontext des jeweiligen Zeitgeistes. Die Namen wirken im Rückblick oft befremdlich und sind mit zeitlichem Abstand zunehmend erklärungsbedürftig. Die Geschichte zeigt, dass nach dem Wechsel eines Herrschaftssystems oftmals die vorgenommenen Straßenbenennungen als Zeichen und Mittel der Identitäts- und Geschichtspolitik von neuen Machthabern revidiert werden.

Neue Namensträger sind dann ihrerseits wieder ein Symbol für die zum Zeitpunkt der Benennung aktuelle Wertung einer Epoche und der dadurch geehrten Persönlichkeiten. Zugleich ist eine solche Umbenennung, die zumeist im Anschluss an bzw. durch totalitäre Herrschaftsstrukturen ihrerseits ein Zeichen der Zeit, in der die Straßenumbenennung erfolgte.

Auch die gegenwärtige Diskussion über die Umbenennungen von Straßen, welche aus der Perspektive einiger gesellschaftlicher Gruppen nach fragwürdigen Persönlichkeiten benannt sind, wird unter den Vorzeichen einer angestrebten politischen und gesellschaftlichen Umordnung geführt. Es steht fest, dass Straßennamen immer Bestandteil einer umfassenden Identitätspolitik sind. Die aktuellen Versuche, Straßen und Plätze umzubenennen, nachdem ihre Namensgebung in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg, also in einer Blütezeit der Demokratie in Deutschland, keinen Anstoß erregt haben, ist daher möglicherweise als Ansinnen zu verstehen, die bisherige bürgerliche Memorialkultur und Identitätspolitik in Misskredit zu bringen und durch eine linksgerichtete, sozialistische Sichtweise der Geschichte zu ersetzen.

In Ingolstadt zeigt sich die Einseitigkeit der von link-sozialistischen Gruppen angestoßenen Diskussion daran, dass Persönlichkeiten, die Bezüge zum Kommunismus und Stalinismus haben, nicht als „umstritten“ gelten. Sowohl nach Marieluise Fleißer als auch nach Bertolt Brecht sind in Ingolstadt Straßen benannt. Dies ist nach Ansicht der Antragssteller zu Recht der Fall. Beide waren bedeutende Autoren und haben im Fall von Marieluise Fleißer einen lokalen Bezug. Dennoch ist Brechts Unterstützung des DDR-Stalinismus wichtig für die politische Einordnung seiner Stücke. Das schmälert jedoch nicht seine Bedeutung für die deutsche Kultur. Mit Marieluise Fleißer kann man mit Blick auf die zur Diskussion stehenden Persönlichkeiten festhalten: „Wenn man sucht, findet man immer was.“

Die Umbenennung von Straßen hat nicht nur Auswirkungen auf die Sicht auf die eigene Geschichte und Kultur: Jede Namensänderung zwingt die Anrainer zu Investitionen, weil z.B. Briefpapier, Visitenkarten, Internetauftritte, Schilder etc. geändert werden müssen. Der durch die Stadt ausgelöste Zeitaufwand durch die Adressänderung ist immens und kaum zu beziffern. Auch für Verwaltungen und Dienstleister ist ein erheblicher Aufwand zu erwarten.

Der neu gegründete Konsolidierungsrat muss aus Kostengründen mit in das Antragsverfahren V0273/21 einbezogen werden.

Nach Vorliegen des Gesamtergebnisses (Externe Untersuchungskommission und Städtische Kommission) ist dieses zur Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise dem Stadtrat erneut vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Günter Schülter  
Stadtrat

gez. Oskar Lipp  
Stadtrat

gez. Lukas Rehm  
Fraktionsvorsitzender

gez. Ulrich Bannert  
stellv. Fraktionsvorsitzender